

Entlastung für Doppelverdiener

Kindergarten-Gebühren aber weiter einkommensabhängig

Die rot-grüne Stadtratsmehrheit will die Gebühren für Kindergärten, Krippen und Horte weiter nach dem Einkommen der Eltern staffeln. Die Ratsfraktionen von SPD und Grünen wollen allerdings die Belastungen für Doppelverdiener mit mehreren Kindern nicht so hoch ausfallen lassen wie ursprünglich geplant. Besonders an der Gebührentabelle für die Krippen „werden wir noch arbeiten“, erklärte Bürgermeisterin Christine Strobl (SPD). Die Stadtspitze nehme die Einwände von Elternvertretern „sehr, sehr ernst“, sagte Strobl am Rande einer Ratsitzung. Allerdings werde es eine Komplettumstellung des Bezahlsystems, wie sie die Gesamt-Elternbeiräte gefordert hatten, „ganz bestimmt nicht geben“.

Die Elternbeiräte hatten eine enorme Mehrbelastung gerade für Familien mit mehreren Kindern und mittlerem Einkommen beklagt (SZ vom 29. Juni). Sie schlagen vor, nach dem Vorbild anderer Städte die Gebühren nicht nach dem Einkommen, sondern allein nach den Buchungszeiten zu staffeln. Geringverdiener sollten die Gebühren auf dem Weg der wirtschaftlichen Jugendhilfe teilweise oder ganz erlassen bekommen. Gegen dieses Konzept der Elternvertreter wendet sich vor allem Sozialreferent Friedrich Graffe (SPD), dessen Haus die wirtschaftliche Jugendhilfe bezahlt. „Wir würden nur von einer Tasche in die andere wirtschaften“, sagte Graffe der SZ. Anders als die Elternbeiräte sieht er in deren Modell keine Spareffekte – im Gegenteil: Da jeder Jugendhilfe-Antrag eine Bedürfnisprüfung nach sich ziehe, „würden wir so einen gewaltigen bürokratischen Aufwand schaffen.“ Allein das Sozialreferat bräuchte dafür rund 40 Mitarbeiter mehr. Graffe hält auch die neuen, teils drastisch steigenden Krippengebühren auch für berufstätige Vollzahler für nicht zu hoch: Diese zahlten im Höchstfall 2,34 Euro pro Betreuungsstunde. „Das ist für die Qualität unserer Krippen ein sehr fairer Preis“, meint Graffe.

Weil sich die Ratsmehrheit noch bis Ende der Woche Zeit geben will, um noch einmal an den Gebührensatzungen zu feilen, hat sie die Ratsentscheidung darüber auf den kommenden Dienstag vertagen lassen.

Jan Bielicki